



**Kreis Rendsburg-Eckernförde**  
Der Landrat

## Niederschrift

---

### Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 08.08.2024  
**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:38 Uhr  
**Raum, Ort:** Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Kreistagssitzungssaal

---

#### **Vorsitz**

##### **Anwesend**

Dr. Ina Walenda

#### **Mitglieder**

##### **Anwesend**

Torben Ackermann

Karola Blunck

Holger Gränert

Sophie Marxen

Christian Schlömer

Markus Heerdegen

Carsten Wiele

Andreas Seidel

Jens Kolls

Hans-Jörg Lüth

Nikolai Kamp

Torge Klein

Kirsten Zülsdorff

Godber-Paul Andresen

Rainer Bosse

Sven-Michael Chilla

Holger Thiesen

Vertretung für: Peter Thordsen

Vertretung für: Thomas Baldzuhn

Vertretung für: Thorsten Uhrbrock

Vertretung für: Frank Dreves

##### **Abwesend**

Peter Thordsen	entschuldigt
Thomas Baldzuhn	entschuldigt
Thorsten Uhrbrock	entschuldigt
Janis Daas	entschuldigt
Frank Dreves	entschuldigt

## **Politik**

### **Anwesend**

Rainer Böttcher

## **Verwaltung**

### **Anwesend**

Malthe Riksted  
Ingo Sander  
Barbara Rennekamp  
Andreas Marx  
Michael Wittl  
Liesa Brasch

### **Gäste:**

Ralph Hohenschurz-Schmidt – Geschäftsführer AWR  
Jochen Kybelka – Geschäftsführer AWR

### **Anmerkung zur Teilnehmerliste:**

Herr Böttcher war in der Sitzung anwesend und hat abgestimmt. Da er ab dem 18.03.2024 kein stellvertretendes Mitglied des Umwelt- und Bauausschusses ist, hätte er nicht abstimmen dürfen. In der Teilnehmerliste wird er aus diesem Grund nicht unter „Mitglieder“ aufgeführt. Es ist nicht auf die einzelnen Abstimmergebnisse zurückzuführen, wie er abgestimmt hat. Deswegen werden 19 Stimmen aufgeführt, obwohl nur 18 Stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren. Seine Stimmabgabe war für kein Abstimmungsergebnis ausschlaggebend.

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Anträge zur Tagesordnung
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages
4. Niederschrift über die Sitzung vom 10.06.2024
5. Bericht über die Umsetzung von öffentlich gefassten Beschlüssen
6. AWR
  - 6.1. Modernisierung Wertstoffhof Eckernförde VO/2024/241
  - 6.2. Nachsorge Deponie Alt Duvenstedt- mögliche Auswirkungen auf die Entgelte des Kreises Rendsburg-Eckernförde VO/2024/242
7. Verwaltungsangelegenheiten

# Protokoll

## Öffentlicher Teil:

---

### zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Anträge zur Tagesordnung

Die Vorsitzende, Frau Dr. Walenda, eröffnet die Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses und begrüßt die Anwesenden im Kreistagssitzungssaal.

Frau Dr. Walenda stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde. Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll führt Herr Riksted.

---

### zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

---

### zu 3 Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages

Es werden keine Fragen gestellt.

---

### zu 4 Niederschrift über die Sitzung vom 10.06.2024

Schriftliche oder mündliche Einwendungen werden nicht erhoben. Damit gilt die Niederschrift als gebilligt.

---

### zu 5 Bericht über die Umsetzung von öffentlich gefassten Beschlüssen

Es gibt keine Neuerungen zu den aktuellen Themen.

---

### zu 6 AWR

---

#### zu 6.1 Modernisierung Wertstoffhof Eckernförde

VO/2024/241

Die Politik stellt Fragen zur Vorlage. Im Anschluss beantworten die Verwaltung und die Geschäftsführer der AWR die Fragen.

Herr Kolls fragt, ob es möglich wäre, die Abstimmung über die Modernisierung des Wertstoffhofes Eckernförde zu vertagen, damit der Umwelt- und Bauausschuss vor einer Entscheidung den Wertstoffhof besichtigen könne?

Herr Hohenschurz-Schmidt antwortet, dass es notwendig wäre, sich auf einen konkreten Betrag für die Investitionen in den Wertstoffhof festzulegen, um die Ausrechnungen für das Festpreisangebot zu erstellen. Wenn die Entscheidung vertagt werde, bräuchte die AWR trotzdem eine Zahl für die Ausrechnungen. Es wäre aber möglich, vor der Abstimmung über das gesamte Festpreisangebot im Oktober, den Wertstoffhof zu besichtigen und einen Beschluss zu fassen. Wenn der Beschluss von dem vorgeschlagenen Investitionsvolumen von bis zu € 1,7 Millionen abweiche, würde das das gesamte Festpreisangebot wiederum beeinflussen.

Der Umwelt- und Bauausschuss stimmt über den Vorschlag ab, um festzustellen, ob die Mehrheit der Ausschussmitglieder für die Besichtigung des Wertstoffhofes vor der Abstimmung über die Modernisierung des Wertstoffhofes ist.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt und Bauausschuss beschließt, die Abstimmung über die Erneuerung des Wertstoffhofes Eckernförde zu vertagen und den Wertstoffhof vor dieser Abstimmung zu besichtigen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	12	0

Damit ist der Antrag abgelehnt worden. Der Ausschuss stimmt danach über den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Bauausschuss stimmt der Erneuerung des Wertstoffhofes Eckernförde mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von bis zu 1,7 Mio. € netto zu und beauftragt die AWR, diese Investition in die Kalkulation des Festpreises für 2025 aufzunehmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	0	2

---

### **zu 6.2 Nachsorge Deponie Alt Duvenstedt- mögliche Auswirkungen auf die Entgelte des Kreises Rendsburg-Eckernförde**

**VO/2024/242**

Im Ausschuss wird über den Ansparzeitraum, die Ansparsumme und die Notwendigkeit einer Rücklage diskutiert.

Herr Lüth führt aus, dass die Bürger über die Entgelte für die Abfallentsorgung die

Kosten für den Aufbau einer Rücklage für die Deponie in Alt Duvenstedt tragen würden. Er sehe auch keine Notwendigkeit, den im Planfeststellungsbeschluss zur Deponie festgesetzten Rückbau von Gebäuden und Infrastruktur umzusetzen. Aus diesem Grund schlägt Herr Lüth vor, die vorgeschlagene Ansparsumme um eine Million Euro zu ermäßigen.

Herr Hohenschurz-Schmidt antwortet, dass keiner wüsste, wie die Zukunft aussehe und wie viel Geld in der Zukunft benötigt werde. Wenn es sich herausstelle, dass weniger Geld als erwartet für die Deponie benötigt werde, könnten die Rücklagen wieder an die Bürger zurückgeführt werden.

Frau Blunck sagt, dass es wichtig sei, das Geld jetzt zu investieren. Keiner wüsste, was die Zukunft bringe. Es sei mit dem Beschluss möglich, der jungen Generation zu helfen und sie zu entlasten. Deswegen werbe sie dafür, dass der Umwelt- und Bauausschuss dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimme. Alternativ könne der Ansparzeitraum von zwei auf drei Jahre verlängert werden, damit sich die Kosten für den Aufbau der Rücklage über einen längeren Zeitraum verteile.

Herr Lüth befürwortet, den Ansparzeitraum um ein Jahr zu verlängern. Er werbe aber dafür, dass die Kosten reduziert würden. Er beantragt, dass die Kosten für den Aufbau der Rücklage um eine Million Euro reduziert würden.

Der Vorschlag, den Ansparzeitraum auf drei Jahre statt zwei Jahren zu verlängern, findet im Ausschuss Zustimmung.

Die Verwaltung erläutert, dass der Ausschuss erst über den weitestgehenden Beschlussvorschlag abstimmen müsse. Die Verwaltung stellt die folgende Reihenfolge für die Abstimmungen fest:

1. Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt, einen Ansparzeitraum für die Deponierücklage von zwei Jahren mit Beginn 2025.
2. Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt, einen Ansparzeitraum für die Deponierücklage von drei Jahren mit Beginn 2025.
3. Der Umwelt und Bauausschuss beschließt, die Ansparsumme auf 4,2 Millionen zu mindern.

Herr Lüth sagt, dass es rechtlich geprüft werden müsse, über welchen Antrag zuerst abgestimmt werden müsse. Herr Lüth sagt, dass sein Beschlussvorschlag, die Ansparsumme auf 4,2 Millionen zu mindern, zuerst beraten werden müsse.

Frau Brasch (Verwaltung) antwortet, dass sie das geprüft habe. Erst müsse der Ausschuss über den Beschlussvorschlag abstimmen, der am weitestgehend sei. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung mit einem Ansparzeitraum für die Rücklage von zwei Jahren wäre am weitestgehend, weil die Kosten im Falle eines gefassten Beschlusses um eine Million Euro höher wären, als wenn der von Herrn Lüth vorgeschlagene Beschluss gefasst würde.

Die Vorsitzende, Frau Dr. Walenda, bringt die Beschlüsse in der von der Verwaltung festgestellten Reihenfolge zur Abstimmung:

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt, einen Ansparzeitraum für die Deponierücklage von zwei Jahren mit Beginn 2025.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	19	0

Der Antrag wird abgelehnt. Zunächst wird über den Antrag mit dem Ansparzeitraum von 3 Jahren abgestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt einen Ansparzeitraum für die Deponierücklage von drei Jahren mit Beginn 2025.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	0	0

Der Antrag wird angenommen. Der Ausschuss stimmt danach über den Änderungsantrag von Herrn Lüth ab, der die Ansparsumme um eine Million Euro mindern würde.

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt und Bauausschuss beschließt, die Ansparsumme auf 4,2 Millionen Euro zu mindern.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	12	0

Der Antrag wird abgelehnt. Frau Dr. Walenda wird darum gebeten, den angenommenen Antrag „Der Umwelt- und Bauausschuss beschließt, einen Ansparzeitraum für die Deponierücklage von drei Jahren mit Beginn 2025“ um die konkrete Ansparsumme zu ergänzen. Frau Dr. Walenda bringt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt und Bauausschuss beschließt einen Ansparzeitraum gemäß der Vorlage für die Deponierücklage von 3 Jahren mit Beginn 2025 mit einer Ansparsumme von € 5.227.878.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	7	0

---

**zu 7 Verwaltungsangelegenheiten**

Frau Dr. Walenda beendet die Sitzung um 19:37 Uhr.

Dr. Ina Walenda  
Vorsitz

Malthe Riksted  
Protokollführung